

Kritik an den politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik in den 60er Jahren (Grundkurs B-W 2001)

Die Protestbewegung der 60er Jahre war eine Antwort auf die Verkrustung der Strukturen, die der Wohlfahrtsstaat mit sich brachte.

Die Kritik richtete sich vor allem gegen:

- die Große Koalition 1966 - 69 im Bundestag mit dem Fehlen einer echten parlamentarischen Opposition
- eine angenommene Verschärfung der Staatsgewalt (Polizei, Justiz, Notstandsgesetze)
- alte Hierarchien und hierarchisch-autoritäres Denken (z.B. an den Universitäten)
- Institutionen, deren angeblich autoritäre Ausrichtung als "undemokratisch" empfunden wurde (z. B. Ehe und Familie, Schule, Kirche)
- die als repressiv bezeichnete Konsumgesellschaft
- eine einseitige und polemische Presse (Springer-Presse)
- die mangelhafte Aufarbeitung der NS-Vergangenheit

Aus diesen Punkten können zwei herausgegriffen und erläutert werden. Es bietet sich an, auf jeden Fall den wichtigsten Punkt, den der Großen Koalition, mit dazu zu nehmen.

Die unter Bundeskanzler Kiesinger nach der Ablösung Ludwig Erhards als Kanzler geführte Große Koalition aus CDU/CSU und SPD war innenpolitisch eine Notlösung, um dringend anstehende Aufgaben der inneren Entwicklung auf einer möglichst breiten Konsensbasis zu lösen. Das war vor allem die Notstandsgesetzgebung, die die letzten alliierten Eingriffsrechte ablösen sollte.

Die studentische Jugend folgte allerdings mehr basisdemokratischen Gedanken und verehrte linke Revolutionäre wie Ho Chi Minh, Che Guevara oder Mao Tse Tung. Unter ihrem Blickwinkel war die Große Koalition der Abschied von einer funktionierenden parlamentarischen Opposition, deren Aufgabe, die Regierung zu kontrollieren, durch außerparlamentarische Aktivitäten ersetzt werden musste. Zugleich galt das Parteiestablishment als zu alt und zu verkrustet, um den von der Jugend vorgetragenen Neuerungen folgen zu können.

Diese studentische politische Protestbewegung verband sich mit dem Protest gegen gesellschaftliche Strukturen, die als restriktiv empfunden wurden. Erstes Ziel waren die Strukturen in den Universitäten, dann die Gesellschaft selbst, deren Hinwendung zum Konsum als Verdrängung der „eigentlichen“ politischen Probleme gesehen wurde. Antworten darauf war das Aufkommen der den Konsum boykottierenden „Sperrmüll-Kultur“, der Terrorismus der Baader-Meinhof-Gruppe mit der Kaufhausbrandstiftung in Frankfurt als Protest gegen den Konsum der bürgerlichen Gesellschaft, aber auch die Praktizierung alternativer Lebensformen, wie z.B. der offene Ehe.

In diesem Zusammenhang wurde auch die von der innenpolitischen Seite überfällige Neudefinition der Staatsgewalt durch die Beratung der Notstandsgesetze

als Verschärfung der Repressionen des bürgerlichen Staates empfunden und heftig bekämpft. Die regierungsnah konservative Presse des Springer-Verlags, die sich außerdem dem offenen Antikommunismus verschrieben hatte, war gleichfalls Angriffsziel.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist der sogenannte „Bildungsnotstand“, nach dem erhebliche Bildungsreserven im überkommenen Schulsystem brachlagen. Er äußerte sich zum Teil in der Ausweitung der Proteste auf eine sog. „kritische Schülerschaft“ und wurde von den organisatorischen Bedingungen her durch verstärkte Anstrengungen im Bildungsbereich (Schulhausbau, Lehrereinstellung, Schulreformerische Experimente) angegangen.